

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Julika Sandt
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Susanne Kurz
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Gerald Pittner
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Andreas Winhart
Abg. Arif Taşdelen
Abg. Markus Plenk

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden von den Fraktionen in folgender Reihenfolge gestellt: FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD und dann die SPD. Bitte denken Sie daran, dass nach der Vereinbarung im Ältestenrat für die heutige Regierungsbefragung jeder Fraktion ausnahmsweise jeweils nur eine Frage und nur eine Nachfrage möglich sind und hierfür insgesamt eine Redezeit von höchstens zwei Minuten zur Verfügung steht. Ich weise darauf hin, dass ich die Redezeit pünktlich beenden werde, weil wir sie extra gekürzt haben, damit es nicht zu lange dauert. – Den fraktionslosen Mitgliedern des Landtags steht wie üblich eine Fragezeit von einer Minute zu. Ich darf die Fragerunde gleich beginnen.

Ich rufe die erste Fragestellerin auf. Das ist die Abgeordnete Frau Julika Sandt. Frau Abgeordnete Sandt, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, wir haben in dieser Woche im Rahmen der Würzburger Corona-Studie erfahren, dass Kinder zwar keine Treiber der Infektion sind, dass aber ganz dringend empfohlen wird, dass sie mit nicht invasiven, also kindgerechten Tests, regelmäßig getestet werden, auch wenn sie asymptomatisch sind. Im Januar war bereits absehbar, dass solche Tests vor der Zulassung stehen. In anderen Bundesländern kommen sie bereits zum Einsatz. Was hat die Staatsregierung zu welchem Zeitpunkt konkret unternommen, damit ausreichend entweder PCR-Tests mit entsprechenden Laborkapazitäten oder Lolly-Schnelltests zur Verfügung stehen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, Frau Kollegin! Die Frage, ob und welche Tests für die jeweilige Altersgruppe geeignet sind, ist nicht einfach zu beantworten. Es ist auch höchst umstritten, ob das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte – BfArM – diese Tests überhaupt endgültig zulässt, das gilt vor allem für den Pool-Gurgel-PCR-Test. Diese Tests haben wir jetzt in einem Pilotprojekt im Einsatz, und zwar großflächig an den Schulen. Ob der Frage der Ge-

eignetheit haben wir uns dafür entschieden, auf der einen Seite die Erzieherinnen und Erzieher zu testen und auf der anderen Seite die Umfeldtestungen zu machen. Wir glauben, das ist erfolgreicher als eine Testung bei den kleinsten Kindern; denn da stellt sich sowieso die Frage, ob eine Testung zielführend ist. Wir werden das aber anhand der Pilotstudie, die fortgesetzt wird, weiter beobachten und im Blick haben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank.

Julika Sandt (FDP): Ich habe noch eine Nachfrage: Wie erklären Sie sich, dass in Thüringen flächendeckend jedes Kind zweimal pro Woche in der Kita getestet wird? – Dort sind die Tests offensichtlich vorhanden. Dort kommen Lolli-Tests zum Einsatz, wie sie die Würzburger Studie beispielsweise auch für Kinder unter zwei Jahren eindeutig empfiehlt. Was tun Sie dafür, damit das auch in Bayern zum Einsatz kommt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das ist dieselbe Frage, die Sie gerade eben gestellt haben. Die habe ich schon beantwortet.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, damit ist die erste Frage beendet. Die CSU hat verzichtet. – Dann darf ich Frau Abgeordnete Kurz aufrufen. Sie hat eine Frage an Herrn Wissenschaftsminister Sibler.

Susanne Kurz (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister Sibler, die Pandemie verlangt den Menschen in Bayern vor allem im Privaten sehr viel ab. Insbesondere junge Menschen sind von den Einschränkungen in der Schule, bei der Ausbildung, im Studium, aber auch bei ihrem ehrenamtlichen Engagement in der Musik, im Theater massiv betroffen. Der Start der Freiluftsaison lässt jetzt viele hoffen: Publikum, Vereine, aber natürlich auch die Kulturschaffenden.

Vor Kurzem hat Ihr Ministerium zahlreiche bayerische Kommunen kontaktiert. Sie sollten Flächen melden, auf denen ab Ende Juni Open-Air-Kulturveranstaltungen stattfinden könnten, um unter dem Arbeitstitel "Bayern spielt", ich zitiere, ein breites Publikum mit prominenten Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen wieder zum Kulturgenuss

zu ermutigen. Das fordern wir GRÜNE schon seit Langem und begrüßen es. Die Bundesnotbremse ist im Kulturbereich aber sehr strikt: gedeckelte Publikumsgrößen von 50 Personen, keine Unterscheidung von Innen- und Außenbereich. Auch das bayerische Kabinett hat nicht viel mehr als die Übernahme der Bundesregeln beschlossen. Die Verwirrung in der Kulturszene ist jetzt maximal. Deshalb meine Frage: Wie konkret planen Sie mit den Ihnen gemeldeten Flächen den Kultursommer hinsichtlich der erlaubten Publikumsgröße?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Herr Staatsminister Sibler.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrte Frau Kollegin Kurz, Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zum einen geht es bei "Bayern spielt" darum, dass wir die Menschen, die vielleicht ein wenig vorsichtig sind und sich fragen, ob man schon zu Veranstaltungen gehen kann, animieren, indem wir deutlich machen: Wenn es das infektiologische Geschehen zulässt, dann kann man auch hingehen. Das Impfen schreitet fort, die Teststrategien schreiten fort, trotzdem bekommen wir aus vielen Veranstalterkreisen die Rückmeldung, dass viele potenzielle Besucherinnen und Besucher noch zurückhaltend sind. Sie äußern sich sehr vorsichtig, ob man hingehen kann. Deshalb ist die Initiative mit dem Schreiben an die über 2.000 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in allen Kommunen auch als ein Signal der Ermunterung zu sehen, dass unter den richtigen Voraussetzungen Kunst und Kultur stattfinden können.

Sie haben heute – ich möchte fast sagen, in den letzten Stunden – gehört, dass die Bayerische Staatsregierung jetzt den Weg öffnet. Wir werden auch Kunst und Kultur wieder möglich machen, wenn die Inzidenz unter 100 liegt. Das ist der entscheidende Punkt, den man sehen muss. Wir rechnen auch damit – das hat Herr Kollege Holetschek heute mehrfach dargestellt –, dass wir mit dem fortschreitenden Impfen und einer größeren Immunisierung in der Bevölkerung im Sommer wieder öffnen können. Die genauen Details werden wir in den nächsten Tagen vorlegen. Gerade arbeiten wir intensiv mit dem Gesundheitsministerium daran, diese Dinge abzustimmen. Wir wer-

den sie dann zeitnah präsentieren und sagen, unter welchen Voraussetzungen das läuft. Sicherlich haben Sie schon mitverfolgt, dass wir beispielsweise bei Veranstaltungen im Innenraum von konkreten Zahlenbeschränkungen Abstand nehmen. Wir achten vielmehr auf die konkreten hygienischen Voraussetzungen, auf die Größe eines Raumes oder eines Saales und stimmen das ab. In diese Richtung denken wir. Wenn die infektiologischen Voraussetzungen stimmen, dann denken wir daran, Rahmenbedingungen zu ermöglichen, die sicherstellen, dass die Veranstalter wirtschaftlich tragfähige Lösungen erarbeiten können.

Daneben sehen wir alles, was sich auf Bundesebene tut. Ich nenne das Stichwort "NEUSTART KULTUR". Hier kann man gerade finanzielle Förderungen bekommen. Noch immer steht auch ein weiteres Programm im Raum, ich glaube vom Bundesfinanzministerium. Die Ausführungsbestimmungen sind zwar noch nicht da, aber in diesem Rahmen kann man dann auch Dinge wie Geistertickets ansiedeln. Das alles sind Dinge, die Mut machen, dass wir im Sommer wieder vermehrt im Open-Air-Bereich, im Freien arbeiten können. Wir werden die Möglichkeiten zusammenfügen und schauen, wo sich etwas tut. Dann haben die Menschen in Bayern eine gute Plattform, um zu sehen, wo überall etwas los sein wird.

Susanne Kurz (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich begrüße sehr, dass Sie dem Minister naheifern, der nach Tschernobyl ein Löffelchen Milchpulver verzehrt hat, indem Sie hier voranschreiten. Wir fordern schon lange, dass auch die Staatsregierung deutlich macht: Es ist nicht gefährlich, mit Abstand zu sitzen und Kultur zu genießen. Trotzdem haben wir noch eine kleine Frage: Wie wollen Sie die Veranstalterinnen und Veranstalter, insbesondere aber die Kommunen unterstützen, wenn diese Freiluftkultur planen? Wollen Sie das beispielsweise bei der Grundfinanzierung tun? Wie sieht das bei pandemiebedingten Absagen aus? Das hatten wir auch beantragt. Wer trägt da die Risiken? Gibt es da irgendwelche Pläne?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Ich habe vorhin auf das geplante Bundesprogramm hingewiesen. Dort sind solche Dinge abgesichert. Mit "NEU-

START KULTUR" helfen wir ebenfalls, darauf habe ich hingewiesen. Das weitere Programm steht im Raum. Man hört, dass hier Absagekosten und Geistertickets gefördert werden sollen. Das müssen wir uns genau anschauen, um darauf Antworten geben zu können. Da sind die Dinge auf Bundesebene noch nicht da. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir nicht bayerisches Geld ausgeben, wenn der Bund gerade Gelder in Aussicht gestellt hat.

Es geht aber um kluge Beratung. Ich nenne als Stichwort die Hygienekonzepte. Dafür haben wir in dem Brief auch Rückmeldemöglichkeiten gegeben. Wir haben die Möglichkeit, auch über Hotlines zu arbeiten. Ich glaube, der Informationsfluss läuft. Am Wochenende werde ich eine Reihe von Schaltungen mit Veranstalterinnen und Veranstaltern haben, damit wir im kleinen Kreis diese Fragen beantworten können. Wir sind also intensiv in der Fläche und mit den Systemen vernetzt. Mit der Kommunalpolitik sind wir das sowieso.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bevor ich den nächsten Fragesteller aufrufe, darf ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Freiluftinitiative", Drucksache 18/15571 bekannt geben. Mit Ja haben 8 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 83. Es gab 10 Stimmenthaltungen. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun hat Herr Kollege Gerald Pittner das Wort. Bitte schön.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger, Bayern ist in Deutschland das Urlaubsland Nummer eins. Touristische Angebote werden in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer stabilen 7-Tage-Inzidenz unter 100 daher ab Freitag, dem 21. Mai 2021, wieder zugelassen. Dazu zählen Hotels, Ferienwohnungen, Ferienhäuser sowie Campingplätze. Die Staatsministerien für Gesundheit und Pflege sowie für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie werden dem Ministerrat dafür in seiner nächsten Sitzung ein Konzept vorschlagen, das unter anderem

Terminvereinbarungen, 48-Stunden-Tests, Abstands- und Hygienemaßnahmen etc. für inzidenzabhängige Öffnungen enthält. Das Konzept muss die infektiologische Gesamtlage berücksichtigen und eine Rücknahme der Öffnungen bei einer entsprechenden Inzidenzentwicklung vorsehen. Das Gleiche gilt für spezielle touristische Infrastrukturen.

Wir wissen alle, dass die Tourismusbranche ein Lebensnerv der bayerischen Wirtschaft ist und besonders schwer von den Corona-Maßnahmen betroffen ist. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird ein Tourismusprogramm zur Überwindung der Folgen der Corona-Krise und einen Neustart der Branche entwickeln und im nächsten Ministerrat darüber berichten. Dabei soll der Schwerpunkt des befristeten Programms auf Modernisierung, Zukunftsfähigkeit der Branche sowie Förderung von Investitionen in Barrierefreiheit, Digitalisierung und Ökologie liegen.

Wie sehen Sie die Lage dieser Branche und vor allem die Möglichkeiten der Entwicklung und Erholung in den nächsten Wochen und Monaten?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Vielen Dank! Aus der Frage sind ja schon Antworten herauszuhören gewesen.

(Heiterkeit)

Natürlich ist die Tourismus- und Gastro-Branche unter massivem Druck. Sie brauchen nicht zu lachen; er hätte für seine Frage noch Zeit gehabt; er hat sie nicht einmal ganz ausgenutzt.

Natürlich ist die Gastro-Branche unter massivem Druck. Wir haben Einbrüche von etwa 80 % im Vergleich zum Frühjahr 2020, also kurz vor dem Ausbruch von Corona, in puncto Übernachtung usw. Die Vollschließungen der Gastro-Branche haben auch ihre Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Vorher gab es rund 200.000 Beschäftigte in

der Gastronomie. Mittlerweile wurden dort über 25.000 Arbeitsplätze vernichtet; sie sind verloren gegangen.

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt durchstarten, dass wir hoffentlich mehr und mehr Landkreise haben, die unter einer Inzidenz von 100 liegen. Wir haben heute schon knapp 30 Landkreise oder gehen auf die Zahl 30 zu, in denen die Inzidenz schon unter 100 liegt. In den letzten Tagen waren das erst 17 bis 19 Landkreise. Ich hoffe, die Entwicklung setzt sich so fort. Wir hatten vor einer Woche in Bayern eine Inzidenz von 160, heute beträgt sie 131. Wenn die Entwicklung so weitergeht, können wir hoffen, dass wir in wenigen Wochen flächendeckend unter einer Inzidenz von 100 sind. Noch einmal: Wir wissen das nicht sicher, aber die Eckdaten deuten darauf hin, ebenso der niedrigere R-Wert.

Vor diesem Hintergrund ist es jetzt mehr als berechtigt, dass wir den Rahmen ausnutzen, den uns der Bund gibt. Der Bund erlaubt eine Öffnung bei einer Inzidenz unter 100. Andere Länder wie Österreich & Co. öffnen schon bei einem Inzidenzwert von über 100. Wir nutzen jetzt unseren Spielraum aus. Bei einer Inzidenz von unter 100 darf die Außengastronomie für getestete Gäste geöffnet werden. Wir appellieren auch an die Kommunen – danke auch an das Bauministerium für die gute Zusammenarbeit –, dass wir, wie bewährt im letzten Jahr, Ausnahmegenehmigungen für Erweiterungen von Biergärten oder für die Zurverfügungstellung von Freiflächen ausnutzen können. Also, liebe Bürgermeister: Geht diesen Schritt wieder mit, damit Gastwirte, die das wollen, ihre Gäste im Freien wieder bedienen dürfen und bedienen können.

Auf der anderen Seite sehen wir mit Hoffnung dem 21. Mai entgegen, an dem wir fast zeitgleich mit Österreich Campingplätze, Ferienwohnungen und Hotels werden öffnen können, wenn der Inzidenzwert unter 100 liegt und die betreffenden Personen getestet sind. Damit wäre diese Branche diesbezüglich gerettet, wenn es nicht wieder Rückschläge gibt, wovon wir jetzt nicht unbedingt ausgehen.

Insofern ist es also höchste Zeit, dass geöffnet wird. In meinen Augen geht es hier auch nicht nur um die nackten Wirtschaftszahlen dieser Branche – diese sind schlimm genug –, sondern es geht auch um die Gefühlslage der Bevölkerung, nämlich darum, ob man sich nur zu Hause verköstigen darf oder Essen "to go" kaufen kann, dann zu seinem Auto geht und im Auto einen Imbiss zu sich nehmen muss oder ob man sich ordentlich an einen Tisch setzen darf, sich wieder mit Freunden treffen darf.

Wir sehen in dieser Öffnungsperspektive wirklich einen großen Durchbruch Richtung Frühsommer für die Arbeitswelt, für die Wirtschaft und auch für die zuliefernden Branchen von der Landwirtschaft bis hin zu den Brauereien, die im Positiven wie im Negativen in diesen Wertschöpfungsketten hängen. Dies gilt auch für viele Zulieferer im Hotelbereich. Wir haben im Zusammenhang mit den Überbrückungshilfen gesehen, wer alles direkt oder indirekt betroffen ist, angefangen beim Taxifahrer bis sonst etwas. Dazu hatte man vorher vielleicht gar keine aussagekräftigen Zahlen; jetzt merkt man aber plötzlich, was alles geschädigt wurde und aktuell weiter geschädigt wird.

Also, hoffen wir auf diese Öffnungen. Wir werden auch die Gastro-Welt weiterhin mit Förderprogrammen begleiten. Wir im Wirtschaftsministerium arbeiten derzeit an einem Tourismusprogramm, in dem wir teilweise auch auf bewährte Modelle, auf Investitionen in die touristische Infrastruktur, aber auch auf Themen wie die Kleinvermieter setzen wollen. Dies reicht von Urlaub auf dem Bauernhof bis zu denjenigen, die eine kleine Ferienwohnung haben oder ein paar Zimmer vermieten. Diese waren jetzt auch massiv betroffen. Wir brauchen sie zukünftig noch mehr als in der Vergangenheit.

Jetzt soll also ein umfassendes Programm greifen. Alles steht und fällt mit der Öffnungsperspektive, die jetzt wirklich zum Greifen nahe ist.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sie dürfen Ihre Nachfrage auch in freier Rede stellen. Haben Sie noch eine Nachfrage? – Okay. Dann darf ich den nächsten Fragesteller aufrufen: Herr Andreas Winhart von der AfD. Bitte schön. Die Frage richtet sich an den Herrn Gesundheitsminister.

Andreas Winhart (AfD): So ist es! Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es vorher schon angesprochen: Es geht um die Untersuchungen von BioNTech/Pfizer und vielleicht auch anderen, die für ihre Impfstoffe jetzt die Jüngsten unserer Gesellschaft in den Blick genommen haben und Studien für Kinder mit einem Alter ab sechs Monate aufwärts durchführen.

Ich frage Sie: Hat die Bayerische Staatsregierung Kenntnisse darüber? Sie sind ja mit dem russischen Hersteller in Kontakt bzw. mit verschiedenen anderen und haben gestern im Ausschuss gelobt, dass es mit dem Pharma-Standort Bayern vorangeht. Gibt es derzeit Studien, für die bayerische Kinder herangezogen werden bzw. forschen Pharmafirmen in Bayern an unseren Kindern? Die zweite damit verbundene Frage lautet: Wenn das Ganze positiv ausfällt, würde die Staatsregierung für diese Altersklassen eine Impfempfehlung aussprechen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Beide Fragen sind seltsam. Ich versuche gerade, die Intention Ihrer Frage zu verstehen. Es ist ja normal, dass Studien für die Zulassung von Medikamenten oder von Impfstoffen durchgeführt werden. Dafür gibt es übrigens auch Ethikkommissionen, die sich dann damit beschäftigen, ob diese Studien zugelassen werden. Es ist in unser aller Interesse, dass in verschiedenen Studien die Wirksamkeit von Medikamenten und natürlich auch von Impfstoffen erforscht wird, damit diese letztendlich helfen können, Menschen zu schützen. Ich glaube, insofern ist das ein Vorgang, der ganz normal und transparent ist.

Von daher ist mir nicht ganz klar, worauf Sie mit Ihrer Fragestellung hinauswollen, außer dass Sie irgendwelche kruden Gedanken hegen, die Ihnen permanent immanent sind. Ich kann die Frage also tatsächlich nicht anders beantworten, als dass dies ganz normale, transparente Vorgänge im Rahmen von wissenschaftlichen Evaluatio-

nen sind, die dazu beitragen, dass wir über evidenzbasierte Medizin und Impfstoffe verfügen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gibt es eine Nachfrage? – Nein?

(Andreas Winhart (AfD): Doch!)

Doch.

Andreas Winhart (AfD): Ich glaube, Sie interpretieren in meine Fragen mehr hinein, als vielleicht dahintersteckt.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das mag sein; ja.

Andreas Winhart (AfD): Wir haben verschiedene Pharmafirmen in Bayern. Ich wollte nur wissen, ob bayerische Kinder an solchen Studien teilnehmen und ob Sie darüber Kenntnis haben.

Probieren wir es aber mit einer anderen Frage. Sie bestreiten ja grundsätzlich, dass es eine Impfpflicht geben soll. Im Fall von Masern haben wir aber eine Impfnachweispflicht. Mich würde interessieren: Wo genau ist da der Unterschied, gerade wenn es um Zugang zu Schulen und Kindergärten geht?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Bei der Impfung gegen Corona haben wir definitiv keine Impfpflicht. Es ist eine rein freiwillige Entscheidung, ob ich mich impfen lasse oder nicht. Da gibt es nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. Vielen Dank. Ich stelle Ihnen anheim, Herr Staatsminister, am Rednerpult zu bleiben; es kommen noch zwei Fragen an Sie. Die nächste Frage stellt Herr Kollege Arif Taşdelen. Bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Der sozioökonomische Status, also Faktoren wie Einkommen, Bildung und Beschäftigungsverhältnis, hat Einfluss auf die Gesundheit. Leider haben wir in den letzten Wochen und Monaten gelernt, dass dies auch bei COVID-Erkrankungen in Bezug auf Häufigkeit der Erkrankungen und Krankheitsverläufe der Fall ist. Da hätte die Integrationsbeauftragte der Staatsregierung gemeinsam mit Ihnen eine mehrsprachige Gesundheitskommunikationskampagne auflegen können, was leider nicht passiert ist.

Nun zur Frage, Herr Staatsminister: Wie sieht die Impfstrategie aus, um sicherzustellen, dass insbesondere auch sozial Benachteiligte und Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse Zugang zur Impfung und zu Informationen haben? Die Frage bezieht sich auch auf die Anmeldung zur Impfung. Wie stellen Sie sicher, dass die Anmeldung im Bayerischen Impfportal nicht an Sprachbarrieren scheitert?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Vielen Dank für die Frage und herzlichen Glückwunsch zur Berufung als Generalsekretär. – Die Frage, wie wir mit dem Thema umgehen, ist ganz wichtig. Wir machen uns jetzt gerade sehr intensiv Gedanken darüber, wie wir die Prozesse, die derzeit schon laufen, forcieren können. Wir haben auf den Internetseiten das Thema in mehreren Sprachen erklärt. Wir haben die Programme, die Sie sicherlich auch kennen – MiMi, "Mit Migranten für Migranten" zum Beispiel, Interkulturelle Gesundheit in Bayern –, wo wir einiges voranbringen, entwickelt. Wir werden jetzt auch in der nächsten Sitzung des Kabinetts zusammen mit dem Innenministerium und der Integrationsbeauftragten die Bündelung der Maßnahmen voranbringen, mit denen wir für Impfungen werben und Unterstützung für die Anmeldung beim Impfportal – darauf spielen Sie wahrscheinlich an – geben wollen. Es ist auch möglich, sich telefonisch anzumelden, das kann inzwischen auch über den Hausarzt erfolgen. Es gibt hier ja sehr viele Möglichkeiten.

Wichtig ist die gezielte Ansprache durch Personen, die selber dabei sind, die glaubwürdig sind, die auf die Menschen zugehen und darauf hinweisen, dass die Impfung ein Teil der Lösung der Pandemie ist, und dafür werben. Das wollen wir ganz gezielt tun, möglicherweise auch in der Frage, ob wir mit mobilen Teams gezielt aufsuchend dorthin gehen. Das müssen wir im Auge behalten und sehr intensiv begleiten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. – Noch eine Frage? Bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Sie haben hellseherische Fähigkeiten. Die Nachfrage geht in Richtung der Impfbusse. Die Stadt Köln setzt seit dieser Woche Impfbusse in Stadtvierteln mit besonders hohen Inzidenzen ein. Sieht die Staatsregierung den Einsatz solcher Impfbusse als sinnvoll an? Wäre das denn nicht auch eine Möglichkeit, mit mehrsprachigen Impfteams Menschen vor Ort über COVID-19 und die Impfung zu informieren?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich will das nicht ausschließen, egal ob es ein Impfbus ist oder es in einer anderen Art und Weise erfolgt. Wir wollen jetzt gezielt in die Kommunikation hineingehen und die Projekte, die schon da sind, die ich gerade beschrieben habe, nutzen. Es gibt ja schon Projekte der interkulturellen Gesundheit. Auf denen wollen wir aufsetzen und dann in Gesprächen mit den Verantwortlichen der Städte den Bedarf klären und hören, was es dort an Rückkopplung gibt. Anschließend schauen wir, was wir da tun können.

Wir haben immer wieder auch die Schwächeren in der Gesellschaft oder die, die möglicherweise auch am Rande stehen, im Blick, wie z.B. bei dem Obdachlosenprojekt, das mir auch wichtig war. Wir müssen überlegen, wie wir die Menschen erreichen. Letztlich ist es schon eine Frage der Kommunikation. Die Strukturen sind da, wir haben die Impfzentren und die Hausärzte, aber möglicherweise ist es wichtig, gezielt für diese Gruppen ein niedrighwelliges Angebot zu machen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann kommt die dritte Frage an den Gesundheitsminister durch den fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Herr Abgeordneter Plenk, Sie haben das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, demnächst sollen Kinder ab 12 Jahren gegen Corona geimpft werden, ab August möglicherweise sogar Kinder ab 6 Monaten. Wie schätzen Sie das Nutzen-Risiko-Profil durch die Impfung für diese Altersgruppe ein?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben im Moment noch gar keine Ausgangslage für Impfungen von Kindern ab 6 Monaten. Das ist für mich noch gar kein Thema. Ich kenne jetzt die Diskussion um die Impfung der Heranwachsenden ab 12 Jahren. Da gibt es Studienergebnisse, die prognostizieren, dass es ein sehr hoher Schutz für diese Gruppe ist. Zurzeit haben wir gerade in dieser Altersgruppe sehr hohe Inzidenzen. Wenn wir heute darüber reden, wie wir Schule und Bildung neben den Tests sicherer machen wollen, ist das Thema der Impfungen tatsächlich einer der Wege. Daher würde ich gerne die Studien abwarten und in Ruhe schauen, wie die Zulassungen über die EMA und letztlich auch über STIKO oder über das Paul-Ehrlich-Institut erfolgen, die beide Qualitätsmaßstäbe auch in der Zulassung von Impfstoffen setzen. Dann kann man das beurteilen und einsetzen.

Für uns ist das Thema Impfen ein Teil der Lösung in dieser Krise, und dabei bleibe ich auch. Wichtig ist natürlich, dass die Impfstoffe zugelassen sind, dass ihre Qualität gesichert ist. Das ist der Maßstab des Handelns für deren Einsatz.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Keine weiteren Nachfragen?

(Zuruf: Doch!)

– Das sieht man durch fünf Trennscheiben so schlecht. Bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Ich sehe es selbstverständlich auch so, dass Impfungen ein Teil der Lösung sind. Ich habe nur etwas Zweifel. Viele Lehrerinnen und Lehrer, die

es möchten, sind bereits geimpft. Kinder sind ja eher weniger anfällig, was schwere Krankheitsverläufe angeht. Warum sollten sich diese Kinder impfen lassen, wenn diejenigen, die besonders gefährdet sind, bereits geimpft sind?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Man kann nicht ausschließen, ob tatsächlich die Viruslast durch die Impfung geringer wird und wie die Verteilung des Virus an andere erfolgt. Ich denke, die Impfung ist letztlich ein Schutz, der weiter wirkt und für die Zukunft wichtig ist. Das ist letztendlich ein Abwägungsprozess. Ich habe vorher beschrieben, dass es keine Impfpflicht gibt. Wir befinden uns nach wie vor in der Freiwilligkeit. Wenn wir Optionen haben, die möglich sind, dann ist das immer noch besser, als die Dinge zu ignorieren und laufen zu lassen. Daher ist es aus meiner Sicht gut, die Studien jetzt durchzuführen und wissenschaftlich die Evidenzbasiertheit dieses Impfstoffes abzusichern, um dann zu entscheiden, wie er eingesetzt werden kann.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Somit sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.